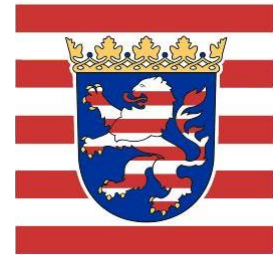




HESSEN



Bericht aus Brüssel

15/2022 vom 29.07.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	11
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	16
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz	17
Umwelt.....	18
Landwirtschaft.....	20
Justiz.....	23
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	24
Information, Kommunikation und Medien	25
EU-Förderprogramme.....	25
Veranstaltungen.....	26
Vorschau.....	27

Kommission; Vier Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR eingeleitet

Die Kommission hat am 22.07.2022 vier weitere Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR eingeleitet. Das Land habe erneut gegen wesentliche Vereinbarungen des Nordirland-Protokolls verstoßen. Konkret werden GBR folgende Verstöße vorgeworfen: Nichteinhaltung der geltenden Bestimmungen in Bezug auf Zölle, Überwachung und Risikokontrollen bei der Beförderung von Waren von Nordirland nach GBR, fehlende Notifizierung der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zur Festlegung allgemeiner EU-Vorschriften über Verbrauchssteuern, fehlende Notifizierung der Umsetzung der EU-Vorschriften über Verbrauchssteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke sowie Nichtumsetzung der EU-Vorschriften über die Mehrwertsteuer im elektronischen Handel, insbesondere über die einzige Anlaufstelle für die Einfuhr (Import One-Stop Shop, IOSS). GBR hat nun zwei Monate Zeit, um auf das Aufforderungsschreiben der Kommission zu antworten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4663

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Verlängerung der Mandate von vier EU-Sonderbeauftragten

Der Rat hat am 18.07.2022 eine Reihe von Beschlüssen angenommen, mit denen die Mandate von vier EU-Sonderbeauftragten verlängert wurden. Namentlich handelt es sich um folgende Sonderbeauftragte: Miroslav Lajčák (SLK, EU-Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Fragen des Westbalkans), Emanuela Claudia Del Re (ITL, EU-Sonderbeauftragte für die Sahelzone), Annette Weber (DEU, EU-Sonderbeauftragte für das Horn von Afrika) und Toivo Klaar (EST, EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus und die Krise in Georgien). Die EU-Sonderbeauftragten werden vom Hohen Vertreter vorgeschlagen, um die Politik und die Interessen der EU in bestimmten Regionen und Ländern zu fördern und der EU eine aktive politische Präsenz in diesen Gebieten zu ermöglichen. Die ersten EU-Sonderbeauftragten wurden 1996 ernannt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/18/council-extends-the-mandates-of-four-eu-special-representatives/>

Rat; Unterstützungsmaßnahme für nigrische Streitkräfte verabschiedet

Der Rat hat am 18.07.2022 eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 25 Mio. EUR zugunsten der Republik Niger angenommen. Die Maßnahme wird über die Europäische Friedensfazilität finanziert und zielt darauf ab, die Fähigkeiten und die Resilienz der nigrischen Streitkräfte zu stärken. Damit soll die Republik in die Lage versetzt werden, die territoriale Unversehrtheit und Souveränität des Landes zu verteidigen und die Zivilbevölkerung besser vor der zunehmenden terroristischen Bedrohung zu schützen. Konkret vorgesehen sind die Mittel für die Einrichtung eines Ausbildungszentrums für technisches Personal der Streitkräfte zur Stärkung der Kapazitäten der nigrischen Streitkräfte im Bereich der logistischen Unterstützung sowie für den Bau einer vorgeschobenen Einsatzbasis. Die Dauer der Unterstützungsmaßnahme beträgt 36 Monate.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/18/european-peace-facility-council-adopts-an-assistance-measure-to-support-the-nigerien-armed-forces/>

Rat; Schlussfolgerungen zur Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland

Der Rat hat am 18.07.2022 Schlussfolgerungen zur Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland gebilligt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Kriegspropaganda hätten nochmals gezeigt, dass unmittelbar gegen Manipulations- und Einmischungsversuche aus dem Ausland vorgegangen werden müsse. In den Schlussfolgerungen wird u.a. hervorgehoben, dass Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland häufig als Teil breiter angelegter hybrider Kampagnen eingesetzt werde, um gezielt kulturelle und gesellschaftliche Spannungen zu erzeugen. Insbesondere Russland habe seine dahingehenden Aktivitäten im Zuge seiner militärischen Aggression gegen die Ukraine noch verstärkt. In den Schlussfolgerungen fordert der Rat daher den Hohen Vertreter und die Kommission auf, Vorschläge für Maßnahmen vorzulegen, die gegen Akteure der Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland ergriffen werden könnten, soweit dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der EU erforderlich ist.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11429-2022-INIT/de/pdf>

Rat; Schlussfolgerungen zur digitalen Diplomatie gebilligt

Der Rat hat am 18.07.2022 Schlussfolgerungen zur digitalen Diplomatie der EU gebilligt. Mit seinen Schlussfolgerungen zielt er darauf ab, digitale Diplomatie zu einer Kernkomponente und zu einem integralen Bestandteil des auswärtigen Handelns der EU zu machen. Auch will der Rat erreichen, dass Bemühungen im Rahmen digitaler Diplomatie eng mit anderen außenpolitischen Maßnahmen der EU in Bezug auf Cyberbedrohungen und Abwehr hybrider Bedrohungen, einschließlich der Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland, abgestimmt werden. Überdies wird in den Schlussfolgerungen betont, dass dem Aufbau von Kapazitäten und der strategischen Förderung von technologischen Lösungen und Regelungsrahmen, die die demokratischen Werte und die Menschenrechte achten, große Bedeutung zukommen soll.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11406-2022-INIT/de/pdf>

Rat; Neue Sanktionen gegen Russland beschlossen

Der Rat hat am 21.07.2022 ein Paket zur „Aufrechterhaltung und Anpassung“ beschlossen, mit denen die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland verschärft und effektiver gemacht werden sollen. U.a. wurde ein Goldembargo beschlossen. Künftig ist demnach die Einfuhr von Gold und Goldschmuck verboten – und zwar auch dann, wenn die betreffenden Waren vorher in einen Drittstaat verkauft wurden. Auf ein Importverbot für Gold hatten sich zuvor schon die G-7-Staaten auf ihrem Gipfel im Juni verständigt. Russland gilt als der zweitgrößte Goldproduzent der Welt. Außerdem wird die Liste von Hochtechnologiegütern und Produkten für zivil-militärische Zwecke, die nicht nach Russland exportiert werden dürfen, um fünfzig Einträge erweitert. Ausgeweitet haben die Mitgliedstaaten auch das Zugangsverbot für russische Schiffe für Häfen. Damit soll die Praxis unterbunden werden, dass Schiffe ihre Fracht schon vor den Häfen auf andere Schiffe umladen (dies soll auch in DEU geschehen sein). Zudem werden weitere Personen mit Reise- und Vermögenssperren belegt, weil sie den Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Hinzu kommen Unternehmen, darunter die größte russische Bank. So soll es der Sberbank, zuletzt vom Zahlungsdienstleister SWIFT ausgeschlossen, nun vollständig unmöglich gemacht werden, Geschäfte in der EU zu tätigen. Schließlich hat der Rat explizit darauf hingewiesen, dass keine der Maßnahmen ursächlich für eine Gefährdung der Ernährungssicherheit sei. Der Handel zwischen Drittstaaten und Russland mit

landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, einschließlich Weizen und Düngemitteln, werde durch die Maßnahmen nicht beeinträchtigt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/21/russia-s-aggression-against-ukraine-eu-adopts-maintenance-and-alignment-package/>

Rat; Aufstockung der EU-Unterstützung für die Ukraine auf 2,5 Mrd. EUR)

Der Rat hat am 22.07.2022 zwei Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) angenommen, mit denen die Verteidigungsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte gestärkt werden soll. Zu diesem Zweck werde die Unterstützung aus der EFF um 500 Mio. EUR aufgestockt und belaufe sich nun auf insgesamt 2,5 Mrd. EUR. Von den 500 Mio. EUR sollen 490 Mio. in die militärische Ausrüstung fließen, 10 Mio. EUR sind für den persönlichen Schutz der Soldatinnen und Soldaten sowie für Kraftstoff vorgesehen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/22/european-peace-facility-eu-support-to-ukraine-increased-to-2-5-billion/>

Rat; Sanktionsrahmen für Libanon verlängert

Der Rat hat am 26.07.2022 einen Beschluss angenommen, mit dem der Rahmen für Sanktionen angesichts der Lage in Libanon um ein Jahr bis zum 31.07.2023 verlängert wird. Der Rahmen ermöglicht es der EU, Personen und Organisationen zu sanktionieren, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Libanon versuchen zu untergraben. Konkret können Vermögenswerte eingefroren und Einreiseverbote verhängt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/26/libanon-eu-extends-framework-for-targeted-sanctions/>

Kommission; Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine

Die Kommission hat am 26.07.2022 den jährlichen Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine veröffentlicht. Der Bericht enthält einen Überblick über die Reformen, die die Ukraine seit dem letzten Bericht vom 01.12.2020 bis zum Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 im Rahmen des Abkommens durchgeführt hat. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählt u.a., dass die Ukraine wichtige Gesetzesvorhaben in puncto Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung habe verabschieden können. So sei etwa der Schutz von Whistleblowern gestärkt worden. Kritisch wird angemerkt, dass das Eingreifen der Regierung in die Verwaltung des staatseigenen Energieunternehmens Naftogaz hinsichtlich der Fortführung der Reform der Unternehmensführung in staatseigenen Unternehmen Anlass zur Sorge gebe. Auch würden die Entwicklungen bei der Nationalbank der Ukraine Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Zentralbank und der Bankenaufsicht erzeugen. Erhebliche Fortschritte sieht die Kommission indes beim Thema digitaler Wandel. Dieser habe in der Ukraine bereits jetzt zu einer effizienteren und transparenteren Regierungsführung und zur Korruptionsbekämpfung beigetragen.

<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Association%20Implementation%20Report%20on%20Ukraine%20-%20Joint%20staff%20working%20document.pdf>

Kommission; Bericht über Wettbewerbspolitik 2021

Am 14.07.2022 hat die Kommission einen Bericht über die europäische Wettbewerbspolitik im Jahr 2021 veröffentlicht. Laut Bericht konnten 2021 bei der Überprüfung der maßgeblichen Wettbewerbsvorschriften zur Sicherstellung ihrer kontinuierlichen Zweckmäßigkeit beachtliche Fortschritte erzielt werden. Zur Kontrolle staatlicher Beihilfen verabschiedete die Kommission u.a. eine Verordnung zur Ausweitung des Anwendungsbereichs der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung. Auch eine überarbeitete Mitteilung für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse sowie eine weitere Mitteilung mit Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikokapitalinvestitionen wurden von der Kommission verabschiedet. Als besonderer Erfolg der Kommission wird auch das Gesetz über Digitale Märkte (DMA) und die Verordnung über den Binnenmarkt verzerrende ausländische Subventionen angesehen. Im Bereich der Fusionskontrolle erließ die Kommission im Jahr 2021 insgesamt 396 Entscheidungen.

https://ec.europa.eu/competition-policy/publications/annual-reports_en

Kommission; Förderung von Wertstoffkette der Wasserstofftechnologie

Am 15.07.2022 hat die Kommission von 15 Mitgliedsstaaten (MS), darunter auch DEU, angemeldete öffentliche Fördermittel von bis zu 5,4 Mrd. EUR für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse in der Wertschöpfungskette der Wassertechnologie („Important Project of Common European Interest“ – „IPCEI“) genehmigt. Durch die gezielte Förderung von Forschung und Innovation soll die gewerbliche Nutzung in der Wertschöpfungskette der Wasserstofftechnologie ermöglicht werden. Zusätzlich zu den 5,4 Mrd. EUR an öffentlichen Fördermitteln dürften noch etwa 8,8 Mrd. EUR an privaten Investitionen durch das Projekt mobilisiert werden. In diesem Rahmen werden 35 Unternehmen, die in einem oder mehreren MS tätig sind, an 41 Vorhaben teilnehmen. Unter ihnen sind auch kleine und mittlere sowie Start-Up-Unternehmen, u.a. auch aus DEU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4544

Eurostat; Defizit des Euroraums im internationalen Warenverkehr

Laut Veröffentlichung von Eurostat am 15.07.2022 liegen nach ersten Schätzungen die Warenausfuhren des Euroraums in die restliche Welt im Mai 2022 bei 248,5 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anstieg von 28,9% gegenüber Mai 2021 (192,8 Mrd. EUR). Die Einfuhren aus der restlichen Welt beliefen sich auf 274,8 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anstieg von 52,0% gegenüber Mai 2021 (180,8 Mrd. EUR). Infolgedessen registrierte der Euroraum im Mai 2022 ein Defizit von 26,3 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber einem Überschuss von 12,0 Mrd. EUR im Mai 2021.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14644634/6-15072022-AP-DE.pdf/b52622dc-2ef1-be9d-5bea-feb19457bc7f>

Kommission; Genehmigung deutscher Beihilferegulung

Am 18.07.2022 hat die Kommission eine deutsche Regelung über staatliche Beihilfe zur Unterstützung energie- und handelsintensiver Unternehmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine genehmigt. Auf Grundlage des von der Kommission am 23.03.2022 genehmigten vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens und des Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) können so Beihilfen in Höhe von fünf Mrd. EUR geleistet werden. Diese werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle verwaltet (BAFA) und in Form von direkten Zuschüssen zu den durch gestiegene Erdgas- und Strompreise angefallenen

Mehrkosten gewährt. Die Leistungen stehen energie- und handelsintensiven Unternehmen aus allen Branchen offen, die im Anhang I des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Klima, Umweltschutz und Energie aufgeführt sind und bei denen zudem die Gefahr einer CO₂-Emissionsverlagerung besteht.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4545

Kommission; Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe der EU auf weltweit 70,2 Mrd. EUR in 2021

Die am 18.07.2022 veröffentlichten vorläufigen Zahlen zur öffentlichen Entwicklungshilfe zeigen auf, dass die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten (MS) ihre öffentliche Entwicklungshilfe für Partnerländer im Jahr 2021 weltweit auf 70,2 Mrd. EUR aufgestockt haben. Das entspricht nach den vorläufigen Zahlen einem nominalen Anstieg um 4,3%. Insgesamt haben 2021 22 MS ihre öffentliche Entwicklungshilfe im Vergleich zu 2020 nominal erhöht. Die stärksten nominalen Zuwächse verzeichnet DEU mit einem Plus von 2,064 Mrd. EUR, gefolgt von ITL mit einem Plus von 1,36 Mrd. EUR und FRA mit einem Plus von 668 Mio. EUR. Die EU und ihre MS, die als „Team Europe“ zusammenarbeiten, stellen damit 43% der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe bereit. „Team Europe“ ist entschlossen, bis 2030 mindestens 0,7% des kollektiven Bruttonationaleinkommens als öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Dies soll dazu beitragen, die „Global-Gateway-Strategie“ erfolgreich umzusetzen.

<https://ec.europa.eu/newsroom/representations/redirection/item/754168/de/188>

Rat; Informelle Ratssitzung Wettbewerbsfähigkeit zu Binnenmarkt und Industrie

Am 19. und 20.07.2022 trafen sich die für Binnenmarkt und Industrie zuständigen Ministerinnen und Minister. Im Zentrum des Austauschs und der Diskussionen standen EU-Regionen, die vergleichsweise schwache Innovations- und Wertschöpfungsleistungen erbringen. Um diese im Verhältnis etwas schwächeren Regionen, die anhand des „EU Innovation Scores“ als solche identifiziert werden können, zu unterstützen, soll der Binnenmarkt gezielt als Chance erkannt und genutzt werden. Außerdem soll damit die Digitalisierung und Dekarbonisierung vor Ort vorangetrieben werden. Des Weiteren wurden sowohl der duale Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft, als auch die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine diskutiert.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-meeting-of-competitiveness-ministers-internal-market-and-industry/>

Kommission; Dialog zwischen EU und China zu Handels- und Wirtschaftsfragen

Am 19.07.2022 fand ein Austausch zwischen der EU und China zu Handels- und Wirtschaftsfragen auf hoher Ebene statt. Teil nahmen der für Handel zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Valdis Dombrovskis, der Vizeministerpräsident Liu He sowie auch Kommissarin Mairead McGuinness. Kernthemen waren die durch Covid-19 verursachten Einbußen durch Unterbrechungen der Lieferketten und die wirtschaftlichen Folgen der russischen Aggression in der Ukraine mit besonderem Blick auf die Ernährungs-, Energie- und Finanzmärkte. Um zukünftige Lieferkettenunterbrechungen zu verhindern, diskutierten die Parteien über mehr Transparenz und einen verbesserten Informationsaustausch bezüglich der kritischen Rohstoffversorgung. Überdies wurde vereinbart, gemeinsam an einer Reform der World Trade Organization (WTO) zu arbeiten, um globalen Verzerrungen etwa im Bereich von Industriesubventionen vorzubeugen. Zudem wurde über die Zusammenarbeit bei Finanzdienstleistungen sowie über allgemeine bilaterale Handels- und Investitionsfragen gesprochen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4547

Kommission; Stärkung der Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung

Am 19.07.2022 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) des EP und des Rates für 2022 bis 2024 vorgelegt. Das Instrument soll die Beschaffung der durch den Krieg in der Ukraine am dringendsten benötigten Verteidigungsmittel ermöglichen. Von 2022 bis 2024 sollen 500 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt dafür vorgesehen werden. Durch gemeinsame Auftragsvergabe soll allen Mitgliedstaaten (MS) der Zugang zu Verteidigungsgütern erleichtert, Konkurrenz vermieden, Kosteneinsparungen ermöglicht und solidarische und effiziente Interoperabilität zwischen den MS erhöht werden. Ferner wird der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) damit bei der Anpassung ihrer Produktions- und Lieferkapazitäten geholfen. Förderfähige Maßnahmen müssen entweder die bestehende Zusammenarbeit von Unternehmen aus mindestens drei Mitgliedstaaten ausweiten oder zum Zustandekommen einer neuen Zusammenarbeit von Unternehmen bei der gemeinsamen Beschaffung kritischer Verteidigungsgüter beitragen. Zudem soll eine Beteiligung der EDTIB erkennbar sein.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022PC0349&from=EN>

Kommission; Aufforderung zu Vorschlägen für Darlehensfazilität für öffentlichen Sektor

Am 19.07.2022 hat die Kommission zur Einreichung von Vorschlägen für eine Darlehensfazilität aufgefordert, die den öffentlichen Sektor unterstützt. Die geplante Fazilität stellt neben dem „Just Transition Fund“ und dem InvestEU-Programm ein weiteres Instrument zur Bewältigung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft dar. Öffentliche Stellen können Zuschüsse für Projekte beantragen, die gezielt dem Übergang zu klimaneutraler Wirtschaftlichkeit voranbringen. Die Zuschüsse werden durch ein Darlehen der Europäischen Investitionsbank ergänzt. Die Fazilität ist als eine Säule des „Just Transition Mechanism“ (JTM), der Teil des europäischen Grünen Deals ist, wodurch die EU bis 2050 Klimaneutralität erreichen soll. Öffentliche Einrichtungen, die die genannten Voraussetzungen erfüllen, sind aufgefordert, die einschlägigen Unterlagen einzusehen und ihre Vorschläge auf dem Portal der Kommission für Finanzierungen und Ausschreibungen einzureichen. Die Rückmeldefrist endet am 19.10.2022.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/jtm>

Kommission; Unterstützung für von Bürgern geleitete Projekte durch Bauhaus

Am 19.07.2022 gab das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) bekannt, dass 18 von Bürgern geleitete Projekte aus 14 Ländern (darunter ist DEU nicht) für eine Förderung durch die Initiative Neues Europäisches Bauhaus (NEB) des EIT ausgewählt wurden. Die ausgewählten Projekte werden Förderungen zwischen 15.000 und 45.000 EUR Unterstützung erhalten, um die Entwicklung ihrer Innovationen zur Bewältigung globaler Herausforderungen voranzutreiben. Die Projekte behandeln u.a. Themen wie die Integration von Geflüchteten durch Kunst oder die Umgestaltung urbaner Räume. Übergeordnetes Ziel des Neuen Europäischen Bauhauses ist es, durch eine Kombination aus Innovation, Kreativität und Design die Lebensqualität der Bürger in Europa zu verbessern und gleichzeitig unser Klima und somit den Planeten zu schützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4628

Kommission; Verbesserung globaler Lieferketten in Zusammenarbeit mit den USA

Am 19.07.2022 unterzeichnete die Kommission, vertreten durch Kommissar Thierry Breton, gemeinsam mit den USA und 16 anderen globalen Partnern, u.a. DEU, eine Erklärung zur gemeinsamen Verbesserung der globalen Lieferketten, nachdem deren Fragilität durch die Covid-19-Pandemie und die russische Aggression in der Ukraine immer deutlicher zutage trat. Die Erklärung enthält vier Leitlinien, anhand derer eine Verbesserung durch gemeinsame Anstrengung bewerkstelligt werden soll: Zur Steigerung der Vorhersehbarkeit von Hindernissen soll der Informationsaustausch der Partner transparenter werden, die globalen Kapazitäten für Materialien sollen diversifiziert und ausgebaut werden, Schwachstellen sollen behoben und Sicherheitsrisiken besser gemanagt, sowie faire und nachhaltige Praktiken entlang der Lieferketten gefördert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4665

Kommission; Förderung von Projekten der Verteidigungsindustrie

Am 20.07.2022 hat die Kommission Pläne angekündigt, wonach 61 gemeinsame europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Verteidigungsbereich durch Gelder in Höhe von fast 1,2 Mrd. EUR unterstützt werden sollen. Die fraglichen Projekte wurden vom Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) für die Förderung ausgewählt und beschäftigen sich mit der Entwicklung von fortschrittlichen Kampfflugzeugen, Panzern, Schiffen oder auch kritischen Verteidigungstechnologien, etwa für Abwehrmaßnahmen im Cyber- oder medizinischen Bereich. Damit werden durch die verstärkte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich auch disruptive Verteidigungstechnologien gefördert, wobei das Verhältnis zwischen Forschung und Fähigkeitenentwicklung ausgewogen sei: 322 Mio. EUR werden zur Finanzierung von 31 Forschungsprojekten bereitgestellt. 845 Mio. EUR sollen in die Finanzierung von 30 Großprojekten zur technischen Systementwicklung für Verteidigungsfähigkeiten fließen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4595

Rat; Annahme des neuen „FAST-CARE“ Verhandlungsmandats

Am 20.07.2022 haben die EU-Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten das Verhandlungsmandat für die Verhandlungen mit Rat und Kommission zum Legislativvorschlag „FAST-CARE“ („Flexible Assistance for Territories“) angenommen. Der Vorschlag, den die Kommission am 29.06.2022 vorlegte, soll weitere Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine bieten und umfangreich zur Bewältigung der negativen wirtschaftlichen Folgen der russischen Aggression beitragen (vgl. BaB 13/2022). Er soll durch neue und geänderte Bestimmungen für zusätzliche Flexibilität und maximale Effizienz der kohäsionspolitischen Investitionen sorgen. Um das EU-Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen, beschloss der Rat, den Text des Kommissionsvorschlags nicht zu ändern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10897-2022-INIT/en/pdf>

EuRH; kritische Stellungnahme zum Plan REPowerEU der Kommission

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) legte am 26.07.2022 seine Stellungnahme zum Plan REPowerEU der Kommission vom 18.05.2022 vor. Der Plan dient dazu, die Abhängigkeit der EU von russischen fossilen Brennstoffen rasch zu verringern, sich im Bereich der Energieversorgung auf EU-Ebene breiter aufzustellen und den ökologischen Wandel voranzutreiben. Der EuRH warnt davor, dass der Plan hinter den Ambitionen zurückbleiben könnte. Außerdem dürfte er in der Praxis schwer umsetzbar sein. Der Erfolg von REPowerEU werde namentlich von einander ergänzenden Maßnahmen auf allen Ebenen und der Sicherstellung von Finanzierung in Höhe von

rund 200 Mrd. EUR abhängen. Während das Ziel von REPowerEU auf die EU als Ganzes ausgerichtet sei, werde die Aufbau- und Resilienzfähigkeit durch von den Mitgliedstaaten vorgeschlagene Maßnahmen umgesetzt. Dies stelle ein Risiko bei der strategischen Lösung künftiger Herausforderungen dar und könne dazu führen, dass Projekte von strategischer Bedeutung für die EU als Ganzes nicht durch REPowerEU finanziert würden. Mängel sieht der EuRH auch bei den Bestimmungen zur Berichterstattung, dem Monitoring und der Evaluierungen sowie der Vorlage und Bewertung der jeweiligen REPowerEU-Kapitel in den nationalen Investitionsplänen.

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/inop22_04/inop_repowereu_de.pdf

Kommission; Genehmigung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von Sony und Honda

Am 27.07.2022 hat die Kommission die Gründung eines neuen Gemeinschaftsunternehmens durch die Unternehmen Sony und Honda, beide aus Japan, nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Das neue Gemeinschaftsunternehmen soll batteriebetriebene Elektrofahrzeuge entwickeln, produzieren und verkaufen. Sony ist weltweit in den Bereichen Elektronik, Spielkonsolen und Software tätig, während Honda Automobile, Motorräder, Finanzdienstleistungen und Energieprodukte vertreibt. Die Honda Deutschland GmbH hat ihren Sitz seit 2013 in Frankfurt am Main. Die Kommission ist der Ansicht, dass die Gründung wettbewerbsrechtlich unbedenklich ist, da sich die Tätigkeiten der beiden Unternehmen im Europäischen Wirtschaftsraum nur marginal überschneiden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4743

Kommission; Übernahme von Meritor durch Cummins genehmigt

Am 27.07.22 genehmigte die Kommission gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme des Zuliefererunternehmens Meritor mit Sitz der Germany GmbH in Wiesbaden durch das Unternehmen Cummins, das über einen Sitz in Groß-Gerau verfügt. Laut Kommission gefährde die Übernahme nicht den Wettbewerb, da sich die angebotenen Produkte nur sehr geringfügig überschneiden. Während Cummins Dieselmotoren und Generatoren für alternative Kraftstoffe, Komponenten und Technologien für den Antriebsstrang herstellt, ist Meritor für die Lieferung von Achsen, Bremsen und anderen Automobilkomponenten zuständig. Aus genannten Gründen steht der Fusion der beiden amerikanischen Unternehmen seitens der Kommission nichts im Wege.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4743

Kommission; Genehmigung der Unterstützung deutscher Bahnunternehmen

Am 25.07.2022 hat die Kommission eine deutsche Beihilferegulung in Höhe von 313 Mio. EUR zur Unterstützung des Personen-Fernverkehrs im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie genehmigt. Die Beihilferegulung gewährt eine Ermäßigung der Entgelte, die die Unternehmen im Schienenverkehr zum Personen-Fernverkehr für den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur im Zeitraum vom 01.06. bis zum 31.12.2022 entrichten müssen. Die Regelung soll dazu beitragen, die Betreiber bei der Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu unterstützen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/staatliche-beihilfen-kommission-genehmigt-unterstutzung-fur-deutsche-bahnunternehmen-2022-07-25_de

Kommission; Deutsche Unterstützung zur Entschädigung der Deutschen Bahn für durch COVID-19 entstandene Einbußen genehmigt

Am 27.07.2022 hat die Kommission eine von DEU angemeldete Beihilfemaßnahme zur Entschädigung der durch die Covid-19-Pandemie verursachten Einbußen der Deutsche Bahn AG durch Bereitstellung von 215 Mio. EUR als angemessen und im

Einklang mit europäischem Beihilferecht stehend bestätigt. Bei der Maßnahme handelt es sich um eine reine Kapitalzuführung. Entschädigt werden sollen Einbußen, die im Zeitraum vom 16.03.2020 bis zum 31.05.2020 den Tochtergesellschaften der Deutschen Bahn AG, DB Netz AG, DB Energie GmbH und DB Station & Service AG, entstanden sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4726

Kommission; Übernahme von Supreme Energy Muara Laboh durch INPEX und Sumitomo

Am 28.07.2022 hat die Kommission die Übernahme des Unternehmens PPT Supreme Energy Muara Laboh (SEML) aus Indonesien durch die japanischen Unternehmen INPEX Corporation und Sumitomo Corporation nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. SEML betreibt ein geothermisches Kraftwerk in Indonesien, während INPEX als Öl- und Gasproduktionsunternehmen tätig ist. Sumitomo ist in der Projektentwicklung weltweit und in verschiedenen Sektoren, wie Transport, Bauwesen und Energie, tätig. Eine Sumitomo-Niederlassung befindet sich in Darmstadt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4763

V e r k e h r

Kommission; Öffentliche Konsultation über einen gemeinsamen Rahmen für die Berechnung und Meldung verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen

Die Kommission hat am 25.07.2022 eine öffentliche Konsultation zur künftigen Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die Berechnung und Meldung verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen gestartet. Diese Berechnung und Meldung soll künftig nach den Vorstellungen der Kommission sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr angewendet werden. Transparente Informationen würden es Diensteanbietern ermöglichen, ihre Emissionen zu überwachen und zu verringern und die Effizienz ihrer Verkehrsdienste zu verbessern. Zudem würde es den Nutzern ermöglichen, die nachhaltigste Option auszuwählen. Die Konsultationsfrist endet am 17.10.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13217-Count-your-transport-emissions-CountEmissions-EU_en

Kommission; Änderung des Verordnungsvorschlags zu den Transeuropäischen Netzen Verkehr (TEN-V) wegen Auswirkungen des Krieges

Am 27.07.2022 hat die Kommission einen neuen Vorschlag zur Abänderung ihres Vorschlags zur Überarbeitung des Verordnungsvorschlags zu den TEN-V vom 14.12.2021 vorgelegt. Vier europäische Verkehrskorridore sollen auf das Hoheitsgebiet der Ukraine und der Republik Moldau, einschließlich der Häfen Mariupol und Odessa, ausgeweitet werden. Die Änderung des Vorschlags wird mit den geopolitischen Veränderungen durch die russische Aggression in der Ukraine begründet. Der Änderungsantrag ist eine Reaktion auf die Mitteilung "Solidarity Lanes", wonach der Transport von ukrainischen Agrarprodukten in die EU und auf die Weltmärkte erleichtert werden soll. Der Krieg habe gezeigt, dass Verbindungen zu den benachbarten Partnern wichtiger seien denn je. Die Auswirkungen zeigten sich in fast allen Bereichen, insbesondere aber bei den globalen Märkten, den Versorgungsketten und der Lebensmittelsicherheit. Auch nach Beendigung des Krieges dürfte die Infrastruktur zwischen den Ländern von entscheidender Bedeutung sein. Der abgeänderte Vorschlag soll zudem die Widerstandsfähigkeit und Konvergenz des EU-

Netzes sowie den Binnenmarkt stärken. Russland und Weißrussland wurden vor dem Hintergrund des Krieges aus den TEN-V-Karten gestrichen. Neu gebaute Strecken in Mitgliedstaaten (MS) mit gemeinsamen Landgrenzen zu anderen MS sollen nach der Neufassung des Vorschlags mit der europäischen Standardspurweite gebaut werden. Ebenso wird in dem Vorschlag dazu aufgefordert, bestehende Eisenbahnstrecken auf die europäische Standardspurweite umzustellen, wenn es den wirtschaftlich gerechtfertigt erscheint.

https://transport.ec.europa.eu/news/commission-amends-ten-t-proposal-reflect-impacts-infrastructure-russias-war-aggression-against-2022-07-27_en

E n e r g i e

Kommission; Ausbau der Zusammenarbeit mit Aserbaidschan im Energiebereich

Am 18.07.2022 unterzeichnete die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der aserbaidische Präsident İlham Aliyev eine neue Vereinbarung über eine strategische Partnerschaft der EU und Aserbaidschan im Energiebereich. So soll die bereits bestehende Zusammenarbeit weiter gestärkt und ausgebaut werden. Die neue Vereinbarung beinhaltet u.a. eine Verpflichtung, wonach die Kapazität des südlichen Gaskorridors von Aserbaidschan zu verdoppeln ist, um der EU bis 2027 jährlich mindestens 20 Mrd. Kubikmeter Gas zu liefern. Bereits jetzt, vor dem Hintergrund der verstärkten Zusammenarbeit, steigert Aserbaidschan die Erdgaslieferungen in die EU von 8,1 Mrd. Kubikmetern im Jahr 2021 auf etwa 12 Mrd. im Jahr 2022. Ferner wird in der Vereinbarung auch die Wichtigkeit der Initiative zur Verringerung der weltweiten Methanemissionen festgeschrieben („Global Methane Pledge“). Es werde als gemeinsame Verantwortung anerkannt, Erdgaslieferketten so umweltschonend wie irgend möglich zu gestalten.

https://energy.ec.europa.eu/eu-azerbaijan-mou-energy-strategic-partnership_en

Kommission; Mitteilung „Save gas for a safe winter“

Die Kommission hat am 20.07.2022 eine Mitteilung zur Verringerung der Gasnachfrage vorgelegt. Diese konzentriert sich auf die aus Sicht der Kommission notwendigen Maßnahmen auf der Nachfrageseite, aufbauend auf dem Paket REPowerEU. Diese Maßnahmen sind als Ergänzung zu den bereits laufenden Arbeiten der Kommission zur Sicherung der EU-Energieaußenstrategie und zur Beschleunigung des Übergangs zu den erneuerbaren Energien zu sehen. Übergeordnetes Ziel des Plans ist der Schutz der Funktionalität des Binnenmarktes durch Unterstützung der Bereiche, die Produkte herstellen und Leistungen erbringen, die erheblich zur Wirtschaft, den Liefer- und Wertschöpfungsketten sowie der Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Kontext beitragen. Gleichzeitig wird aber auch die Sicherung der Energieversorgung von Haushalten und Akteuren von besonderer Systemrelevanz wie etwa Krankenhäusern angestrebt. Durch frühzeitiges Handeln sollen so weichere Maßnahmen ermöglicht werden, die bei einer akuten Krisensituation im Herbst oder Winter deutlich drastischer ausfallen müssten und maßgeblichen Einfluss auf das BIP hätten. Indem bereits jetzt Maßnahmen ergriffen werden, haben die Mitgliedsstaaten allein zeitlich einen weiteren Handlungsspielraum. Die Preisvolatilität kann abgeschwächt und der Schutz von besonders wichtigen Wirtschaftsakteuren gezielter und kosteneffizienter vorbereitet und erreicht werden. Im Annex zur Mitteilung finden sich konkrete Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der koordinierten Reduzierung der Gasnachfrage.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52022DC0360&qid=1658479881117>

Kommission; Rat; Verordnungsvorschlag des Rates zur koordinierten Reduzierung des Gasverbrauchs im nächsten Winter

Die Kommission legte am 20.07.2022 zudem einen Verordnungsvorschlag des Rates über gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Gasnachfrage vor. Nach dem Verordnungsvorschlag soll vom 01.08.2022 bis zum 31.03.2023 jeder Mitgliedsstaat (MS) seinen Gasverbrauch um 15% des jeweiligen Durchschnitts von 2017 bis 2022 reduzieren. Der Verordnungsvorschlag gibt der Kommission zusätzlich die Möglichkeit, bei erheblichem Risiko einer schwerwiegenden Gasverknappung oder außergewöhnlich hoher Gasnachfrage eine Art Alarm auszurufen, der die Reduzierung um 15% für die MS verbindlich machen würde. Der Energierat hat sodann auf einer außerordentlichen Sitzung am 26.07.2022 eine politische Einigung über den Vorschlag erzielt. Die Einigung sieht vor, dass die MS ihren Gasbedarf freiwillig zwischen dem 01.08.2022 und dem 31.03.2023 durch Maßnahmen ihrer Wahl um 15% im Vergleich zu ihrem Durchschnittsverbrauch der letzten fünf Jahre senken. Die Einigung sieht zudem eine Stärkung der Rolle des Rates gegenüber dem Kommissionsvorschlag vor. Für den Unionsalarm gibt es zwei Szenarien. Zum einen kann die Kommission den Vorschlag für einen Unionsalarm dem Rat vorlegen, wenn sie zu der Auffassung gelangt, dass ein erhebliches Risiko einer schwerwiegenden Gasverknappung oder einer außergewöhnlich hohen Gasnachfrage besteht. Das zweite Szenario zur Vorlage eines Unionsalarms wäre, wenn mindestens fünf MS, die auf nationaler Ebene eine Warnung ausgesprochen haben, die Kommission ersuchen, die Ausrufung eines Unionsalarms vorzulegen. Ruft der Rat einen Unionsalarm aus, so muss jeder MS seinen Erdgasverbrauch senken im Sinne einer verpflichtenden Nachfragesenkung von 15%. Die Einigung sieht zudem eine Reihe von Ausnahmeregelungen zur verpflichtenden Nachfragesenkung vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press-releases/2022/07/26/member-states-commit-to-reducing-gas-demand-by-15-next-winter/>

Kommission; Änderung des Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen zur Unterstützung der Wirtschaft vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine

Die Kommission hat zudem am 20.07.2022, nach einer kurzen Konsultationsfrist für die Mitgliedstaaten, eine Änderung des Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen angenommen, der ursprünglich am 23.03.2022 verabschiedet wurde, um die Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine zu unterstützen. Gegenüber dem ursprünglichen Rahmen vom 23.03.2022 werden zusätzlichen Möglichkeiten von Hilfsmaßnahmen im Einklang mit dem REPowerEU Plan ermöglicht.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_4622

Digital

Kommission; Veröffentlichung des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2022

Am 28.07.2022 hat die Kommission die Ergebnisse des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft („Digital Economy and Society Index“, DESI) des Jahres 2022 veröffentlicht, der die Fortschritte der Mitgliedstaaten (MS) im Bereich der Digitalisierung verfolgt und darstellt. Im Rahmen der Covid-19-Pandemie haben viele

MS einige Anstrengungen getätigt, um die Digitalisierung voranzubringen. Es ergibt sich jedoch aus dem Index, dass noch viele Lücken zu schließen sind, so auch beim digitalen Wandel von kleinen und mittleren Unternehmen sowie bei dem Ausbau von 5G-Netzen. Zu wenige Unternehmen würden digitale Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz (KI) und Big Data nutzen. Die besten Ergebnisse zeigen sich laut Bericht bei FIN, DNK, den NDL und SWE. Insgesamt ist ein positiver Digitalisierungsgrad feststellbar, es bedarf jedoch eines schnelleren und gezielteren Handelns, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EU zu gewährleisten und zu schützen. Durch den Vorschlag der Kommission für den „Weg zur digitalen Dekade“ sollen die durch den Index aufgezeigten Schwachstellen des europäischen Netzes behoben werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2022>

F o r s c h u n g

Forschungsrat; Ausschreibungen ERC-Grants; Arbeitsprogramm ERC;

Am 15.07.2022 hat die Kommission das neue Arbeitsprogramm für den Europäischen Forschungsrat (ERC) vorgestellt. Das Arbeitsprogramm sieht Ausschreibungen mit einem Gesamtbudget von rund 2,2 Mrd. EUR für 2023 vor. Mit dem Budget sollen über 1.000 europäische Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher gefördert werden. Der ERC ist ein fest etablierter Programmteil in der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“. Die gleichnamige Agentur, der europäische Forschungsrat, administriert für die Kommission das Programm mit wettbewerblichen Ausschreibungen. Das nun verabschiedete Arbeitsprogramm sieht sog. Starting Grants, Consolidator Grants, Advanced Grants und Synergy Grants je nach Erfahrungsstufe der Forschenden vor. Im neuen Arbeitsprogramm sind einige Änderungen enthalten. U.a. wird das Budget für die Proof-of-Concept-Folgeförderung für erfolgreiche ERC-Projekte von 25 auf 30 Mio. EUR erhöht. Forschende, die Asyl suchen, können Verlängerungen für den Starting und Consolidator Grant beantragen. Die Förderung verfügt über Möglichkeiten für Sonderzuschüsse für den Bereich Wissenschaftsjournalismus über die sog. „ERC Science Journalism – Initiative“.

<https://erc.europa.eu/news/erc-plans-2023>

Rat; Forschung; Informeller Forschungsrat; Synergien in Horizont Europa;

Am 21./22.07.2022 tagte der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung in einer informellen Tagung erstmals unter dem neuen tschechischen Ratsvorsitz. Das Hauptthema der politischen Debatte der Ministerinnen und Minister war die vom tschechischen Ratsvorsitz angestrebte stärkere Nutzung von Synergien verschiedener Förderprogramme. Die Synergien sollten sich aus europäischer Finanzierung und nationalen Budgets im Bereich Forschung und Innovation ergeben. Dieses Thema ist eine wesentliche Priorität des Ratsvorsitzes im Forschungsbereich. Auf dem zweitägigen Treffen erörterten die Delegationen, wie das Potenzial von Synergien, d.h. die wirksame Kombination von Finanzmitteln voll ausgeschöpft werden kann, auch um Überschneidungen oder Doppelungen im Förderangebot zu vermeiden. Während der Diskussion wurden auch Beispiele für bewährte Verfahren aus einzelnen Ländern ausgetauscht. Der zuständige vorsitzende Minister Vladimír Balaš erklärte nach der Ratstagung, angesichts der zunehmenden Komplexität der EU-Forschungs- und Innovationsförderung sei es notwendig, die effizienteste Nutzung der investierten Mittel und Ressourcen zu gewährleisten. Die auch teilnehmende Forschungskommissarin Mariya Gabriel begrüßte die angestoßene Debatte über Synergien. Die EU brauche

stärkere Innovationsökosysteme, um die grüne und digitale Transformation zu erreichen und dadurch die strategische Autonomie der EU zu stärken.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/european-research-ministers-meet-in-prague/>

Kommission; Forschung; EU-Preis; Geschlechtergleichstellung

Die Kommission hat am 18.07.2022 einen neuen Preis zur Gleichstellung der Geschlechter im Forschungsbereich aufgelegt. Mit dem Preis soll die Anerkennung von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die den Wandel hin zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Forschung und Innovation vorantreiben, gewürdigt werden. Der Preis „EU Award for Gender Equality Champions“ zeichnet Gleichstellungspläne (GEP) als Förderkriterium bei Einrichtungen aus und beabsichtigt, die Öffentlichkeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in akademischen und Forschungsorganisationen zu sensibilisieren. Der Preis wird von der Europäischen Exekutivagentur für die Forschung (REA) verwaltet und Gewinner werden von einer unabhängigen Expertenjury für jede der drei Preiskategorie ausgewählt. Diese Preiskategorien bestehen erstens aus „Champions“ der Geschlechtergleichstellung, welche durch die Umsetzung ihres GEP eine signifikante Aktivität nachweisen können. Die zweite Kategorie ist für Organisationen vorgesehen, die erst kürzlich mit der Umsetzung ihres GEP begonnen haben. Die dritte Kategorie wird für Organisationen vergeben, die den innovativsten integrativen GEP entwickelten. Jeder Preisträger kann 100.000 EUR erhalten. Die Ausschreibung richtet sich an Hochschulen und (öffentliche oder private) Forschungseinrichtungen mit Sitz in einem Mitgliedstaat oder einem mit Horizont Europa assoziierten Land. Die Bewerbungsphase läuft bis 13.10.2022.

https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/prizes/eu-award-gender-equality-champions_en

Kommission; Initiative Europäische Hochschulallianzen; neue Förderungen

Die Kommission hat am 27.07.2022 die Ergebnisse der letzten Ausschreibung zu Europäischen Hochschulallianzen (EUA) bekannt gegeben. Mit einem Budget von 272 Mio. EUR finanziert das Programm Erasmus+ 16 EUA weiter und fördert zudem vier neue Allianzen im Rahmen der letzten Ausschreibung der Generaldirektion Bildung und Kultur. Zusammen mit den im Jahr 2020 ausgewählten 24 wird es nun 44 Hochschulallianzen geben, denen 340 Hochschulen in der EU und international (insgesamt in 31 Staaten) angehören. Die grenzüberschreitenden Hochschulallianzen sind ein 2017 ins Leben gerufenes Instrument der EU-Bildungspolitik, mit dem Ziel, dass die zur Förderung durch die EU ausgewählten Hochschulen zum Nutzen aller in Bildungs-, Forschungs- und Innovationsfragen zusammenarbeiten. Für vier Jahre erhält jede Allianz bis zu 14,4 Mio. EUR aus dem Programm Erasmus+. Dies stellt einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Höchstbetrag von bislang 5 Mio. EUR für drei Jahre dar. Bis Mitte 2024 will die Kommission mit der Europäischen Hochschulstrategie 60 Allianzen mit mehr als 500 Hochschulen unterstützen. Auch Hessen profitiert von der Förderung: Das Hochschulnetzwerk Unite! für Innovation, Technologie und Ingenieurwesen mit Beteiligung der Technischen Universität Darmstadt, das von der Kommission 2019 als eine der ersten Allianzen im Rahmen der ersten Ausschreibung ausgewählt worden war, hat sich erneut die Unterstützung der EU gesichert und erhält durch die Zusage Mittel zur Fortsetzung seiner Arbeit in den nächsten vier Jahren. Diese zweite Finanzierungsphase beginnt im November 2022 und geht mit der Aufnahme von zwei neuen Partnern in Unite! einher: der Technischen Universität Graz und Wrocław University of Science and Technology.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4702

Finanzdienstleistungen

EBA; Diskussion über EU-weite Stresstest-Methodik für 2023

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 21.07.2022 ihren Entwurf für eine EU-weite Stresstest-Methodik für 2023 sowie Vorlagen und Leitlinien für Vorlagen veröffentlicht, die mit der Branche diskutiert werden sollen. Die Methodik deckt alle Risikobereiche ab und baut auf der Methodik auf, die für den EU-weiten Stresstest 2021 erarbeitet wurde. Einige Aspekte der Methodik wurden auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Stresstest 2021 verbessert. Neu ist, dass die Projektionen für den Provisionsüberschuss (NFCI) auf einem Top-Down-Modell beruhen werden. Dies ist ein erster Schritt zur Überarbeitung des EU-weiten Stresstestrahmens in Richtung eines hybriden Ansatzes (Bottom-up und Top-down). Auch der Erfassungsbereich der Stichprobe wurde erweitert. Im Vergleich zum Stresstest 2021 wurden 26 weitere Banken in die Stichprobe aufgenommen. Zudem wurde die Methodik proportionaler gestaltet. Der Stresstest 2023 wird die Widerstandsfähigkeit der EU-Banken gegenüber einem negativen wirtschaftlichen Schock bewerten und in den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP) 2023 einfließen.

<https://www.eba.europa.eu/eba-launches-discussion-2023-eu-wide-stress-test-methodology>

Finanzen

EuRH; Stellungnahme zu den Legislativvorschlägen für die Verwaltung der neuen Eigenmittel zur Finanzierung von NextGenerationEU

Um die Rückzahlung der Gelder zu erleichtern, die zur Finanzierung der nicht rückzahlbaren Finanzhilfen für die Mitgliedstaaten im Rahmen des mit 750 Mrd. EUR ausgestatteten Konjunkturprogramms NextGenerationEU aufgenommen wurden, hat die Kommission die Einführung von drei neuen Kategorien von Eigenmitteln vorgeschlagen. Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat eine Stellungnahme veröffentlicht, in der die von der Kommission vorgeschlagenen Methoden und Verfahren für die Bereitstellung dieser neuen Eigenmittel für den EU-Haushalt untersucht werden. Grundsätzlich begrüßt der EuRH die vorgeschlagenen Regeln für die Verwaltung der neuen Einnahmequellen. Es könnten einige der vorgeschlagenen neuen Ansätze die Vorhersehbarkeit erhöhen und den Verwaltungsaufwand verringern. Allerdings wird mehr Konsequenz bei den Vorschriften für die Bereitstellung aller bestehenden und vorgeschlagenen Eigenmittel für den EU-Haushalt und deren Konsolidierung in einem einzigen Rechtsakt gefordert. Außerdem stellt der EuRH fest, dass die Kommission die Regeln für die Bereitstellung der neuen Eigenmittel vorgeschlagen hat, bevor die entsprechenden sektoralen Rechtsvorschriften über die entsprechenden Einnahmequellen angenommen wurden, sodass ihre Beurteilung in diesem Stadium einschränkt sei.

<https://www.eca.europa.eu/en/Pages/DocItem.aspx?did=61904>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 8,6% gestiegen

Am 19.07.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Juni 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 8,6% gegenüber 8,1% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,9% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Juni bei 9,6% gegenüber 8,8% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,2% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA (6,1%), FRA (6,5%) und FIN (8,1%) gemessen, die höchsten in EST (22,0%), LIT (20,5%) und LET (19,2%). Im Juni kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von

Energie (+4,19 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+1,88 Prozentpunkte), Dienstleistungen (+1,42 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+1,15 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Juni 8,2%, die in BEL 10,5%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14644638/2-19072022-AP-DE.pdf/03162bf7-ad2a-9e07-ba7c-a46ce8461181>

EZB; Anhebung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 21.07.2022, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung zum 27.07.2022 auf 0,50%, den für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,75% und jener für die Einlagefazilität auf 0,00% zu erhöhen. Die EZB werde die Leitzinsen so lange anheben, wie es erforderlich sei, um die Inflation auf das Zwei-Prozent-Ziel der Notenbank zurückzuführen. Außerdem wird ein neues geldpolitisches Antifragmentierungsinstrument zur Krisenbekämpfung eingeführt, das Transmission Protection Instrument (TPI), das gezielte und unbegrenzte Anleihekäufe von einzelnen Euro-Ländern ermöglichen soll.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220721~53e5bdd317.de.html>

S o z i a l e s

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren bezüglich Umsetzung der Barrierefreiheit

Am 20.07.2022 verkündete die Kommission die Inangsetzung eines Vertragsverletzungsverfahrens bezüglich des Europäischen Rechtsaktes zur Barrierefreiheit (Richtlinie (EU) 2019/882) über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen. In Folge dieses Rechtsaktes müssen bestimmte Produkte und Dienstleistungen, wie öffentliche Verkehrsmittel, Finanzdienstleistungen und Online-Geschäfte, für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Es sei hier darauf hingewiesen, dass es sich EU-weit um fast 87 Mio. europäische Bürgerinnen und Bürger handelt, die betroffen sind. Die Barrierefreiheit ist ein wichtiger Grundsatz und Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb obliege es den Unternehmen in der EU sicherzustellen, dass Produkte und Dienstleistungen angeboten würden, die unter die Richtlinie fallen. Diese Palette einheitlicher Anforderungen an Barrierefreiheit in der EU gelte es, bis zum 28.06.2025 zu erfüllen. BEL, BUL, CZR, DEU, IRL, GRI, ESP, FRA, KRO, CYP, LET, LIT, LUX, HUN, MTA, NDL, AUT, POL, PTL, ROM, SLO, SLK, FIN und SWE haben den europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit bis zum 28.06.2022 nicht in nationales Recht umgesetzt und erhielten deshalb ein Aufforderungsschreiben, den Rechtsakt umzusetzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_22_4559

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Kommission; Ukraine erhält Zugang zu EU-Gesundheitsprogramm

Wie die Kommission am 15.07.2022 bekannt gab, erhält die Ukraine Zugang zu den Fördermitteln aus dem EU-Gesundheitsprogramm EU4Health. Ermöglicht wird dies durch ein Assoziierungsabkommen, das von Kommissarin Stella Kyriakides und dem ukrainischen Gesundheitsminister Viktor Liashko unterzeichnet wurde. Die Mittel

können genutzt werden, um unmittelbare Bedarfe im Gesundheitswesen zu decken und den langfristigen Wiederaufbau zu unterstützen. Das Abkommen tritt rückwirkend zum 01.01.2022 in Kraft und ermöglicht der Ukraine einen gleichberechtigten Zugang zu dem Programm, wie diese auch die Mitgliedstaaten haben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4490

Kommission; Online-Marktplatz Wish; Verbraucherschutzvorschriften

Am 26.07.2022 verpflichtete sich der Online-Marktplatz Wish in Folge eines Verfahrens mit dem europäischen Netz der nationalen Verbraucherschutzbehörden (CPC) sowie der Kommission dazu, die Preistransparenz zu erhöhen und die EU-Verbraucherschutzvorschriften einzuhalten. Die Kommission hatte Inkompatibilitäten bei Wish mit Blick auf das EU-Verbraucherrecht festgestellt. Dies wurde von CPC-Behörden bereits im Jahr 2020 im Rahmen eines koordinierten Screenings von Anzeigen zum Coronavirus thematisiert. Als Konsequenz der Zusammenarbeit hat Wish nun eine neue Benutzerschnittstelle implementiert, um irreführende beworbene Preise zu verhindern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4724

Rat; Verordnung über allgemeine Produktsicherheit

Am 20.07.2022 haben sich die Ratsdelegationen auf ein Mandat in Bezug auf den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit geeinigt. Mit dem Vorschlag soll die Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit von 2001 in eine Verordnung umgewandelt werden. Es soll durch die Revision gewährleistet werden, dass alle Produkte sicher sind und den europäischen Normen entsprechen. Im Standpunkt des Rates wird eine Verknüpfung zwischen den Herausforderungen der Produktsicherheit und neuen Technologien bzw. Online-Marktplätzen hergestellt. Online-Marktplätze müssen sicherstellen, dass sie die Händler und die Art der von ihnen angebotenen Produkte kennen. Nach der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit wären sie auch verpflichtet, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten, die für die Produktsicherheit zuständig ist. Darüber hinaus wird mit der Verordnung ein Regelwerk für die Überwachung des Binnenmarkts geschaffen, das für alle Produkte gilt und sicherstellt, dass die Wirtschaftsakteure für alle Produkte, die online oder offline verkauft werden, eine verantwortliche Person benennen. Außerdem werden die Vorschriften über den Rückruf von Produkten, über Nachahmungen von Lebensmitteln und über Rechtsbehelfe für Verbraucher verbessert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/20/general-product-safety-regulation-council-adopts-its-position/>

U m w e l t

Kommission; Umweltaktionsprogramm; Indikatoren

Am 26.07.2022 veröffentlichte die Kommission Leitindikatoren zur Überwachung der Fortschritte bei der Erfüllung der Umwelt- und Klimaziele bis 2030. Die Kommission legte die Indikatoren im Rahmen des achten Umweltaktionsprogramms vor. Die Transparenz und Information der europäischen Klima- und Umweltpolitik soll laut Kommission hierdurch künftig gestärkt werden. Die Indikatoren beinhalten Fortschritte bezüglich des ökologischen Wohlergehens und wirtschaftlicher sowie sozialer Aspekte. Die Kommission erklärte, die EU-Politik müsse sicherstellen, „dass die EU wieder auf Kurs gebracht wird, damit wir innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten leben und arbeiten“. Die Indikatoren umfassen den Klimaschutz, die

Anpassung an den Klimawandel, die Kreislaufwirtschaft, das Null-Schadstoff-Ziel und die biologische Vielfalt. Darüber hinaus enthält die Liste fünf Indikatoren zur Messung der Fortschritte bei der Bewältigung der wichtigsten Umwelt- und Klimabelastungen. Auf diese Weise könnten die Indikatoren laut Kommission den Weg ebnen, um die Gesundheit der Volkswirtschaften und Gesellschaften auf der Grundlage des Wohlergehens und über den bekanntesten Wirtschaftsindikator, das BIP, hinaus zu messen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4667

Kommission; Konsultation zu CO2-Emissionen

Am 25.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema ‚CountEmissions EU‘ geöffnet. Hierbei handelt es sich um einen angestrebten gemeinsamen Rahmen für die Berechnung und Meldung verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen, welche vom Personen- und Güterverkehrssektor genutzt werden sollen. Transparentere Informationsübermittlung soll die Überwachung und Verringerung der Emissionen sowie effizientere Verkehrsdienste gewährleisten, während Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit haben sollen, die nachhaltigste Option als Verkehrsmittel zu wählen. Interessierte können sich online bis zum 17.10.2022 beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13217-Count-your-transport-emissions-CountEmissions-EU_en

Kommission; Konsultation zur Eindämmung bestimmter Pflanzenschädlinge

Die Kommission hat am 25.07.2022 den Entwurf einer neuen Verordnung zur Regelung der Eindämmung von Pflanzenschädlingen veröffentlicht. Hierdurch soll der Pflanzenschädling *aleurocanthus spiniferus* innerhalb abgegrenzter Gebiete eingedämmt werden, ohne diesen auszurotten. Zukünftig sollen die zuständigen Behörden in Befallzonen sicherstellen, dass mindestens eine von fünf Maßnahmen durchgeführt wurde. Diese sind die biologische Bekämpfung des betreffenden Schädlings, geeignete Behandlungen gegen den betreffenden Schädling, das Beschneiden und Vernichten der mit dem Schadorganismus befallenen Teile der angegebenen Pflanzen auch nach der vorgesehenen Behandlung sowie das Fangen des spezifizierten Schädlings und der darauffolgenden Anwendung geeigneter Behandlungen. Rückmeldungen können bis zum 22.08.2022 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13534-Measures-related-to-the-containment-of-specific-plant-pests-Aleurocanthus-spiniferus_en

Kommission, Konsultation zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien

Am 22.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation hinsichtlich der Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung (CLP) von Chemikalien (Stoffen und Gemischen) initiiert. Die bestehende EU-Gesetzgebung soll die menschliche Gesundheit und die Umwelt schützen und den freien Verkehr von Stoffen, Gemischen und Erzeugnissen gewährleisten. Im Rahmen der Revision der Gesetzestexte sollen bestimmten Stoffen neue Anmerkungen, die durch eine kürzlich erfolgte Änderung der CLP-Verordnung hinzugefügt wurden, zugewiesen werden. Zu dem Entwurf der Kommission können bis zum 19.08.2022 Rückmeldungen eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13211-Chemicals-classification-and-labelling-assignment-of-notes-to-certain-substances_en

Kommission; Konsultation zur Chemikaliensicherheit

Die Kommission hat am 19.07.2022 eine Konsultation zum Zugang zu Chemikaliendaten für Sicherheitsbewertungen geöffnet. Ziel ist es, den Zugang zu

Chemikaliendaten durch die Beseitigung technischer und administrativer Hindernisse verbessert werden. Die Initiative der Kommission verfolgt das Ziel, Daten leichter auffindbar, interoperabel und sicher zu machen sowie die gemeinsame Nutzung und die Wiederverwendung zu erleichtern. Dies soll ebenfalls die Transparenz fördern. Rückmeldungen sind bis 16.08.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13459-Chemical-safety-better-access-to-chemicals-data-for-safety-assessments_en

Landwirtschaft

Rat; Agrarrat; Auswirkungen des russischen Angriffs auf den Agrarsektor

Die Agrarministerinnen und -minister der EU berieten am 18.07.2022 auf der ordentlichen Tagung des Agrarrates insbesondere auch über die wirtschaftliche Lage des Agrarsektors vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Die Ministerinnen und Minister führten einen Gedankenaustausch über die Ernteaussichten für 2022 durch, wobei sie den möglichen Auswirkungen der extremen Dürre der letzten Wochen sowie den Herausforderungen, mit denen alle Sektoren infolge der russischen Aggression gegenüber der Ukraine konfrontiert sind, Rechnung trugen. Der Rohstoffmangel und die hohen Preise der Produktionsmittel hätten erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und die nachgelagerte Produktion in den Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang forderten die Ministerinnen und Minister die Kommission auch auf, Präzisierungen zu Ausnahmeregelungen und nationalen Strategieplänen vorzulegen, um den Landwirtinnen und Landwirten Sicherheit zu bieten. Sie erörterten zudem die Umsetzung der Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine und der einschlägigen Unterstützungsplattformen, die eingerichtet wurden, um beim Transport von Getreide aus der Ukraine zu helfen, und bekräftigten ihr Engagement und ihre Solidarität mit der Ukraine.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2022/07/18/?utm_source=dsm-s-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Agriculture+and+Fisheries+Council

Kommission; Gemeinsame Agrarpolitik; Sonderregeln im Lichte des Krieges

Am 22.07.2022 hat die Kommission eine vorübergehende Abweichung von den Vorschriften über die Fruchtfolge und den Erhalt nichtproduktiver Landschaftselemente auf Ackerland im Rahmen der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) vorgeschlagen. Der Vorschlag der Kommission wurde den Mitgliedstaaten (MS) im Anschluss an die Agrarratstagung vom 18.07.2022 übermittelt. Die Generaldirektion Landwirtschaft erklärte zu ihrem Vorschlag, Ziel sei es, die Kapazität der EU zu steigern, Getreide für die Lebensmittelerzeugung zu produzieren. Die Standards für einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standards) seien zwar entscheidend, um das Potenzial des Bodens zu sichern und die biologische Vielfalt zu stärken. Die Ausnahmeregelung sei aber befristet und gelte nur für 2023 zur Garantie der Ernährungssicherheit. Ziel sei es im Lichte des russischen Angriffskrieges, dass im Vergleich zum jetzigen Stand 1,5 Mio. Hektar wieder für die Produktion in der EU genutzt werden können. Vorgesehen ist, die Aussetzung von GLÖZ 7 (Fruchtwechsel) und Lockerungen bei GLÖZ 8 (Stilllegung) daran zu knüpfen, dass die MS im Gegenzug ökologische Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen intensivieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4668

Rat; Agrarrat; wettbewerbsfähige Aquakultur

Am 18.07.2022 verabschiedeten die Ratsdelegationen auf der Tagung des Agrarrates unter tschechischem Vorsitz Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung der nachhaltigen Aquakultur in der EU. Die Kommission hatte zuvor strategische Leitlinien für eine nachhaltigere und resilientere Aquakultur in der EU vorgeschlagen und Zielmarken für 2030 gesetzt. Die Ratsdelegationen begrüßten diese Strategie. In den Schlussfolgerungen des Rates ist vorgesehen, dass u.a. Methoden der Süßwasser- und Meeresaquakultur mit niedrigen Umweltauswirkungen entwickelt und nahrhafte, gesunde und sichere Lebensmittel gewährleistet werden sollen. Hierdurch soll die EU ihre Abhängigkeit von Importen von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen reduzieren. In den Schlussfolgerungen wiesen die Minister auf die nötige korrekte Entsorgung von verbrauchtem Wasser im Einklang mit geltendem Recht sowie die Unvermeidbarkeit der Emission bestimmter Nährstoffmengen im Wasser hin. Die Ratsdelegationen forderten die Kommission dazu auf, die Kohärenz zwischen dem Ziel eines wachsenden nachhaltigen EU-Aquakultursektors und den EU-Umweltvorschriften zu verbessern. Die Ministerinnen und Minister stellten ferner mit Besorgnis fest, dass die wachsenden Populationen von Prädatoren, insbesondere geschützter Arten wie Kormoran und Fischotter, für Aquakulturbetreiber in den letzten Jahren zu einem ernsthaften Problem geworden sind.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/07/18/council-approves-conclusions-on-the-new-aquaculture-strategic-guidelines-for-a-more-sustainable-resilient-and-competitive-aquaculture-sector/>

Rat; Agrarrat; Beratung über nationale Strategiepläne; GAP

Die Agrarministerinnen und -minister erörterten auf der Tagung des Agrarrates unter tschechischem Vorsitz am 18.07.2022 auch die Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 2021-2027 und die dazugehörigen elementaren GAP-Strategiepläne. Eine Komponente der Strategiepläne besteht darin, dass die Mitgliedsstaaten eine Interventionsstrategie entwickeln, welche der Zielerreichung der GAP unter besonderer Berücksichtigung des Green Deal dient. Dieser Ansatz war vom Rat am 02.12.2021 verabschiedet worden und die Frist für die Einreichung der nationalen GAP-Strategiepläne war der 01.01.2022. Die Kommission berichtete den Ratsdelegationen über den Sachstand auf Basis einer Zusammenstellung der nationalen Strategiepläne. Die Ratsdelegationen führten einen Gedankenaustausch über den Vorbereitungsprozess auf nationaler Ebene und betonten gegenüber der Generaldirektion Landwirtschaft, dass alle Strategiepläne so bald wie möglich genehmigt werden müssten. Im Nachgang zur Sitzung erklärte Agrarkommissar Wojciechowski diesbezüglich, dass die Gespräche „mit einer Reihe von Mitgliedstaaten“ sehr weit fortgeschritten seien. Die Kommission sei zuversichtlich, dass alle Strategiepläne bis Ende 2022 genehmigt werden.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/agrifish-ministers-urged-the-commission-to-swiftly-approve-strategic-plans-and-agreed-on-conclusions-on-aquaculture/>

Rat; Agrarrat; Pestizideinsatz; Pflanzenschutzmittel;

Die Agrarministerinnen und -minister erörterten auf der Tagung des Agrarrates unter tschechischem Vorsitz am 18.07.2022 auch die von der Kommission vorgeschlagene Strategie zur Reduzierung von Pestiziden in der EU. Die Agrarministerinnen und Agrarminister berieten zu der durch die Strategie angestrebte Harmonisierung der nationalen Strategien im Bereich der Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln in Form einer Verordnung. Die Ratsdelegationen begrüßten zwar das Ziel einer nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, äußerten aber ihre Bedenken hinsichtlich der Festlegung des Reduktionsziels von 50% für chemische

Schädlingsbekämpfungsmittel sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene. Sie wiesen darauf hin, dass tragfähige nachhaltige Alternativen zu chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln vorhanden sein müssen, bevor verbindliche Reduktionsziele festgelegt werden. Sie forderten ferner, dass den geografischen und klimatischen Unterschieden und der unterschiedlichen Ausgangslage in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden müsse. Auch dürfe Nachhaltigkeit nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit oder der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU angestrebt werden, insbesondere im derzeitigen Kontext der russischen Aggression gegenüber der Ukraine, so der tschechische Vorsitz.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/agrifish-ministers-urged-the-commission-to-swiftly-approve-strategic-plans-and-agreed-on-conclusions-on-aquaculture/>

Rat; Agrarrat; Rechtsvorschriften zu Tiertransporten

Die Ratsdelegationen tauschten sich auf der Sitzung des Agrarrates am 18.07.2022 auch über eine mögliche Aktualisierung der Rechtsvorschriften über Tiertransporte in der EU aus. Hintergrund ist, dass die Agrarstrategie der Kommission „Vom Hof auf den Tisch“ eine Bewertung sowie Überarbeitung der derzeitigen Tierschutzvorschriften für das laufende Jahr vorsieht. DEU, DNK, BEL, NDL und SWE hatten in diesem Kontext ein Positionspapier vorgelegt, um die Überarbeitung der einschlägigen in dem Bereich geltenden Verordnung (EG) 1/2005 voranzutreiben, um so den Schutz von Tieren beim Transport sicherzustellen. Zentral für die Überarbeitung der Rechtsvorschriften seien die Transportdauer, die Definierung wirtschaftlicher Tätigkeit, der Bestimmungsort, die Entfernung zu Obergrenzen sowie die Anforderungen an Tränk- und Fütterungsintervalle. Alle fünf Mitgliedstaaten (MS) baten die Kommission und die weiteren MS, den Schutz von Tieren bei Transporten nachhaltig zu verbessern. Der Rat nahm diese Forderung unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/agrifish-ministers-urged-the-commission-to-swiftly-approve-strategic-plans-and-agreed-on-conclusions-on-aquaculture/>

Rat; EP: Änderung EMFF zum Fischerei- und Aquakultursektor

Am 22.07.2022 haben Rat und EP die von der Kommission am 13.04.2022 vorgeschlagenen Krisenmaßnahmen zur Unterstützung des Fischerei- und Aquakultursektors verabschiedet. Diese waren in Form eines dringenden Änderungsantrages unterbreitet worden. Durch die russische völkerrechtswidrige Invasion in die Ukraine ist laut Kommission das Funktionieren des Sektors massiv belastet worden. Die Gesetzesänderung ist durch die Verabschiedung seitens der Gesetzgeber somit am 28.07.2022 in Kraft getreten. Die Änderung erfolgte über eine Anpassung der Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Somit können die MS, die die Regelungen im Rahmen des EMFF in Anspruch nehmen wollen, bei der Kommission Anträge auf Änderung ihrer operationellen EMFF-Programme stellen. In Anbetracht der Dringlichkeit der Situation und auf der Grundlage bewährter Verfahren können die MS bereits vor der förmlichen Genehmigung durch die Kommission mit der Umsetzung der neuen Maßnahmen beginnen und Vorhaben auswählen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_4665

Kommission; Konsultation zur Erfassung landwirtschaftlicher Betriebsdaten

Die Kommission hat am 22.07.2022 eine Konsultation bezüglich des Entwurfes einer Gesetzesänderung zum Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführung (INLB) lanciert. Diese wird gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 und die Erfassung

betriebswirtschaftlicher Daten inklusive der aktualisierten Liste der Regionen ab dem 22.07.2022. Das Informationsnetz bündelt EU-weite Daten von landwirtschaftlichen Betrieben, um das Einkommen sowie die Geschäftstätigkeiten und Auswirkungen auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu bewerten. Die Änderung bezieht sich auf die Anpassung der Liste der Regionen für die Erfassung der Daten. Rückmeldungen können bis einschließlich 19.08.2022 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13490-Farm-Accountancy-Data-Network-FADN-recording-data-on-farm-economics-updated-list-of-regions-en>

Kommission, Konsultation; Zwischenlagerung von flüssigem Quecksilber

Am 19.07.2022 hat die Kommission eine Konsultation zur Zwischenlagerung von flüssigem Quecksilber eröffnet, die bis zur finalen Behandlung für die endgültige Entsorgung anfällt. Nach derzeitigem EU-Recht darf die Lagerung bis zum 31.12.2022 in speziellen Deponien zwischenzeitlich erfolgen. Allerdings gibt es zurzeit beachtliche Bestände der flüssigen Quecksilberabfälle, weshalb die Kommission eine Verlängerung der Frist bis zum 31.12.2025 beabsichtigt. Gleichzeitig soll die ordnungsgemäße Bewirtschaftung dieser Bestände sichergestellt werden. Rückmeldungen können bis einschließlich 16.08.2022 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13494-Liquid-mercury-waste-temporary-storage-pending-treatment-for-final-disposal-en>

J u s t i z

Kommission; Rechtsstaatsverfahren gegen HUN

Die Kommission betreibt wegen anhaltender rechtsstaatlicher Defizite in HUN ihr Verfahren zum Entzug von EU-Mitteln für das Land weiter. Die Kommission ist der Ansicht, dass HUN keine angemessenen Abhilfemaßnahmen eingeleitet hat, um gegen die Korruption im Land vorzugehen. Probleme sieht die Kommission insbesondere bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der der Regierung nahestehende Personen offenbar bevorzugt werden. Hierdurch seien die finanziellen Interessen der EU gefährdet, indem Fördermittel zweckwidrig oder unwirtschaftlich verwendet werden. Die Kommission hatte deshalb im April den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus ausgelöst, der zu einer Kürzung von EU-Mitteln führen kann.

https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/protection-eu-budget/rule-law-conditionality-regulation_de

I n n e r e s

Kommission; Operative Partnerschaft gegen Migrantenschleusung mit Niger

Die Kommission hat am 15.07.2022 bekanntgegeben, dass die EU gemeinsam mit der Republik Niger eine operative Partnerschaft im Kampf gegen Schleuserkriminalität ins Leben gerufen hat. Die Partnerschaftsvereinbarung sieht u.a. vor, dass die seit 2017 vor Ort in Niger tätige Gemeinsame Ermittlungsgruppe (GEG) ausgebaut wird. Darüber hinaus sollen Maßnahmen getroffen werden, um Migrantinnen und Migranten gezielt hinsichtlich der Gefahren illegaler Migration zu sensibilisieren und zu informieren. Flankiert werden soll die Partnerschaft durch eine Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und

Niger. Frontex soll demnach beim integrierten Grenzmanagement unterstützen, um legale Grenzübertritte zu erleichtern und irreguläre Migration sowie grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4536

Kommission; EU hilft bei Bekämpfung von Waldbränden in CZR

Die Kommission hat am 27.07.2022 bekanntgegeben, dass sie zwei in ITL stationierte Löschflugzeuge der resc-EU-Flotte mobilisiert hat, um Waldbrände im tschechisch-deutschen Grenzgebiet zu bekämpfen. Seit einigen Tagen wüten in der Böhmischeschweiz in CZR Waldbrände, die sich auch auf den Nationalpark Sächsische Schweiz in DEU ausgeweitet haben. Die Kommission teilte mit, dass das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen in engem Kontakt mit den tschechischen und den deutschen Behörden stehe, um die Koordinierung der Brandbekämpfungsmaßnahmen in der Region zu unterstützen. Es habe außerdem einen Verbindungsbeamten nach Prag entsandt. Darüber hinaus habe DEU einen Satelliten aus dem Copernicus-Programm der EU aktiviert, um Daten zu sammeln, die für Ersthelfer in den Brandgebieten von entscheidender Bedeutung seien.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4742

EUAA; Temporärer Schutz von Kriegsflüchtlingen verhinderte Kollaps nationaler Asylsysteme

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 27.07.2022 eine Analyse veröffentlicht, nach der es im Mai 2022 einen sprunghaften Anstieg der Asylanträge gegeben habe. Mit 70.200 Asylanträgen sei der zweithöchste monatliche Stand seit 2016 erreicht worden. Im April dieses Jahres hatte die Zahl der für den Monat gestellten Asylanträge noch bei 60.200 gelegen. Auch habe sich das Herkunftsspektrum der Antragsteller verbreitert. Insbesondere sei ein Anstieg bei türkischen (3.300) und georgischen Staatsangehörigen (2.500) zu verzeichnen gewesen. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine stellten hingegen in den seltensten Fällen Asylanträge, so die EUAA. Sie würden im Regelfall vorübergehenden Schutz beantragen, bei dessen Gewährung sie kein reguläres Asylverfahren durchlaufen müssen. Die Möglichkeit des temporären Schutzes habe somit extremen Druck auf die nationalen Asylsysteme abgehalten. Die Anerkennungsquoten seien für Ukrainer und Syrer am höchsten, sie lägen bei 97% bzw. 96%.

<https://euaa.europa.eu/news-events/temporary-protection-has-averted-extreme-pressure-eu-asylum-system>

Bildung und Kultur

Kommission; Kulturförderung; Culture Moves Europe

Am 22.07.2022 hat die Kommission mitgeteilt, dass sie zusammen mit dem Goethe-Institut ein Budget von 21 Mio. EUR bereitstellen wird, um die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden zu fördern. Somit sollen ungefähr 7.000 Förderungen innerhalb von drei Jahren sichergestellt werden. Gespeist wird die Förderung aus dem Programm Kreatives Europa, das speziell auf den Kultursektor ausgerichtete Förderprogramm der EU. Die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Mariya Gabriel, erinnerte in einer Mitteilung daran, dass Mobilität ein wichtiger Bestandteil des Beschäftigungsmodells von Kulturschaffenden ist. Die EU fördere daher internationale Kooperationen und berufliche Entwicklungen, auch um die kulturelle Vielfalt der EU zu stärken. Diese Aktion ist angelehnt an das sog. „i-Portunus“-Pilotprojekt, welches zwischen 2018 und 2022 ausgeführt wurde. Die

Programmkomponente „Culture Moves Europe“ ist bislang die umfangreichste Maßnahme für einzelne Künstlerinnen und Künstler, die von der EU finanziert worden ist. Das Angebot ist konzipiert für einzelne Künstler und Künstlerinnen, Kulturakteure und Gastorganisationen aus allen Kultur- und Kreativbranchen, die unter den Aktionsbereich Kultur des Programms „Kreatives Europa“ fallen. Dazu gehören Musik, Architektur, darstellende Künste, Design, Literatur und kulturelles Erbe aus den am Programm teilnehmenden Ländern.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/culture-moves-europe-21-millionen-euro-fur-mobilitat-von-kulturschaffenden-2022-07-22_de

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Klage gegen HUN wegen Verweigerung von Sendefrequenzen

Die Kommission hat am 15.07.2022 entschieden, im Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN wegen der Nichtgewährung von Frequenznutzungsrechten für den Sender „Klubradio“ Klage beim EuGH einzureichen. Der HUN-Medienrat hatte Klubradio, das als letzter unabhängiger Radiosender des Landes gilt, die Verlängerung der Sendelizenz verweigert. Klubradio musste daraufhin im Februar 2021 den Betrieb einstellen. Nach Ansicht der Kommission verletzt HUN damit EU-Recht. Die Bedingungen für die Nutzung von Funkfrequenzen und die Verfahren zur Erteilung, Verlängerung, Erneuerung oder zum Widerruf dieser Rechte unterliegen dem Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation, der Richtlinie (EU) 2018/1972. Danach müssen die Frequenznutzungsrechte auf der Grundlage objektiver, transparenter, nichtdiskriminierender und verhältnismäßiger Kriterien vergeben werden. Die Kommission ist der Auffassung, dass HUN dagegen verstößt, indem es unverhältnismäßige und intransparente Bedingungen für die Erneuerung der Frequenznutzungsrechte von Klubradio anwendet. Die Kommission hatte daraufhin das Vertragsverletzungsverfahren am 09.06.2021 eingeleitet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/EN/IP_22_2688

EU – Förderprogramme

Kommission; Kulturförderprogramme; Online-Förderlotse

Am 18.07.2022 verkündete Mariya Gabriel, Kommissarin für Forschung, Innovation und Bildung, Kultur und Jugend, dass der „CulturEU Funding Guide“ der Kommission von nun an in deutscher Sprache zur Verfügung steht. Dieser neue Online-Leitfaden der Kommission soll der Kultur- und Kreativbranche in der EU eine Übersicht über verfügbare Finanzierungsmöglichkeiten verschiedener Finanzierungsquellen der EU für den Zeitraum 2021-2027 erleichtern. Hiermit soll den Akteuren die Suche nach den für ihr jeweiliges Projekt passendsten EU-Förderquellen vereinfacht werden. Um dies zu ermöglichen, können Antragstellende eine Reihe von Fragen beantworten, welche sich auf den Tätigkeitsbereich, Sektor, die Art der Organisation und der gewünschten Unterstützung beziehen. Daraufhin werden Finanzierungsquellen und Ausschreibungen eingegrenzt und durch die verfügbaren Budgets, das Antragsverfahren der diversen Finanzierungsquellen und dem Link zu den Programmen ergänzt.

<https://culture.ec.europa.eu/funding/cultureu-funding-guide>

XVIII. Europäischer Presseclub: „Die EU im Krisen- und Kriegsmodus“

Am 19.07.2022 hatte die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich zum „Europäischen Presseclub“ in der Hessischen Landesvertretung eingeladen. Es diskutierten die EU-Korrespondenten Viktor Daněk vom tschechischen Radio, Ilze Nagla vom lettischen Fernsehen, Tomasz Bielecki von der polnischen Zeitung Gazeta Wyborcza, und Lorenzo Robustelli, Herausgeber von EUnews (ITL), unter Moderation von Michael Stabenow, dem ehemaligen EU-Korrespondenten der Frankfurter Allgemeine Zeitung. Schwerpunkte der Diskussion waren insbesondere die russische Invasion in die Ukraine und die Folgen des Krieges für die Energiesicherheit der EU. Bei der Abhängigkeit von Gaslieferungen gebe es Ungleichgewichte in der EU, sagte Viktor Daněk. Er betonte, dass CZR zu 100% von russischem Gas abhängig sei und das Land aus geografischen Gründen keine Möglichkeit für den Bau von LNG-Terminals habe. LET hingegen könne in ein bis zwei Jahren völlig unabhängig von russischem Gas sein und baue Alternativen auf, erklärte die lettische Journalistin Ilze Nagla. Tomasz Bielecki berichtete, POL habe sich bereits weitgehend von russischem Gas „verabschiedet“. LNG-Terminals für Gaslieferungen aus anderen Ländern seien in POL und LIT in der Planung. Lorenzo Robustelli führte aus, die italienische Wirtschaft sei stark abhängig von russischem Gas und werde in Zukunft auf Zulieferungen aus anderen Staaten angewiesen sein. Diese Unterschiede haben aus Daněks Sicht ein hohes Gewicht in der politischen Diskussion um Solidarität. Eine Situation mit unterschiedlich gefüllten Gasspeichern in den Mitgliedstaaten (MS) sei politischer Zündstoff. Ziel des tschechischen Ratsvorsitzes sei es daher, vor allem die Solidarität aufrechtzuhalten. Wichtig sei, dass die MS nicht untereinander konkurrieren, keine politischen Spannungen aufbauen und es zu fairen Vereinbarungen zur Verteilung von zukünftigen Gaslieferungen, auch von außerhalb der EU, kommt. Es dürfe keine Konkurrenzsituation entstehen, die die Preise für die MS in die Höhe treiben. Kritisiert wurde u.a., dass sich DEU in seiner führenden Rolle in der EU mit dem Bau von Nord Stream II zu stark an Russland gebunden habe. Angesprochen wurde auch die unklare politische Situation in Italien nach Mario Draghis Rücktritt. Voraussichtlich würden die rechtsextremen Parteien sehr stark werden, wenn es zu Neuwahlen käme. Ein weiteres Thema war die Aufnahme der Ukraine in die EU. Allerdings könne das Aufnahmeverfahren sich über viele Jahre hinziehen.

Gespräche von Staatssekretär Uwe Becker in Brüssel

Der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker hat am 20.07.2022 eine Reihe von Gesprächen in Brüssel geführt. Mit dem stellvertretenden Leiter der Mission von Israel bei der EU Walid Abu Haya sprach er über Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Christiane Canenbley, stellvertretende Kabinettschefin von Exekutivvizepräsidentin Vestager standen Fragen der Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den Energiemarkt, Möglichkeiten des EU-Wettbewerbsrechts, darauf zu reagieren sowie der Unterstützung des EU-Wettbewerbsrechts für die Transformation hin zu erneuerbaren Energien. Dabei wurde auch die Notwendigkeit der Bereitstellung von Wärmepumpen und der Erhalt der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen der EU gegenüber Produktionen aus Drittstaaten angesprochen. Weiteres Thema war der Kommissionsvorschlag zur Regulierung der Anwendung von Künstlicher Intelligenz. Mit dem Direktor der Generaldirektion für Migration und Inneres Matthias Oel erörterte Staatssekretär Uwe Becker aktuelle Fragen des Schengenraums sowie zur EU-Migrations- und Asylpolitik. Allgemeine Fragen zur EU-Erweiterung hinsichtlich der Ukraine, Moldawien, Georgien, aber auch der Staaten des Westbalkans waren Gegenstand des Gesprächs mit

Selma Haenicke, Mitglied im Kabinett von EU-Erweiterungskommissar Várhelyi. Gegenüber Nathalie de Basaldua, stellvertretende Kabinettschefin der für Finanzdienstleistungen zuständigen Kommissarin McGuinness warb Europastaatssekretär Becker für Frankfurt als Standort der Anti-Geldwäscheagentur (AMLA). Weiteres Thema des Gesprächs war die Berücksichtigung des Minensektors in der Taxonomie.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

Während der Sommerpause sind keine Sitzungen aktuell terminiert.

29./30.08.2022	Informelle Ministertagung „Verteidigung“
31.08.2022	Informelle Ministertagung „Auswärtige Angelegenheiten“ – Gymnich
01./02.09.2022	Informelle Ministertagung „Kohäsionspolitik“

Europäische Kommission

Aufgrund der Sommerpause finden zurzeit keine Sitzungen des Kommissionskollegiums statt. Die nächste Sitzung ist für den 07.09.2022 terminiert.

Europäisches Parlament

Aufgrund der Sommerpause findet die nächste Plenarsitzung des EP vom 12.-15.09.2022 statt.

Ausschuss der Regionen

Bis zum 28.09.2022 ist im AdR sitzungsfreie Zeit.

Europäischer Gerichtshof

01.08.2022	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-14/21 und C-15/21 Sea Watch Kontrollbefugnisse des Hafenstaats
01.08.2022	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-411/20 Familienkasse Niedersachsen-Bremen Kindergeld in DEU während der ersten drei Monate nach Zuzug

- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-184/20 Vyriausioji tarnybinės etikos komisija
Verhütung von Interessenkonflikten und Korruption im öffentlichen Sektor
- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-720/20 DEU (Außerhalb des Aufnahmemitgliedstaats geborenes Kind von Flüchtlingen)
Dublin-III-Verordnung – Zuständigkeit für die Prüfung eines Asylantrags
- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-19/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Ablehnung der Übernahme eines unbegleiteten Minderjährigen ägyptischer Staatsangehörigkeit)
Dublin-III-Verordnung – Rechtsschutz
- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-273/20 und C-355/20 Bundesrepublik Deutschland (Familienzusammenführung mit einem minderjährigen Flüchtling)
Elternnachzug zu volljährig gewordenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-279/20 DEU (Familiennachzug eines volljährig gewordenen Kindes)
Kindernachzug zu anerkannten Flüchtlingen
- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-588/20 Daimler (Kartelle - Müllfahrzeuge)
Schadensersatzklage wegen kartellbedingt überhöhter Preise
- 01.08.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-501/20 MPA (Gewöhnlicher Aufenthalt – Drittstaat)
Gerichtliche Zuständigkeit für Familiensachen

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 02.09.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
---------------------------------------	------------